

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Verfassungsschutz

24. Sitzung
22. Januar 2014

Beginn: 11.42 Uhr
Schluss: 13.36 Uhr
Vorsitz: Benedikt Lux (GRÜNE);
ab 12.58 Uhr: Burgunde Grosse (SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0045](#)
Publikationen und Veranstaltungen im Rahmen der VerfSch
Öffentlichkeitsarbeit des Berliner
Verfassungsschutzes
(auf Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU, Bündnis
90/Die Grünen, Die Linke und der Piratenfraktion)

Bürgermeister Frank Henkel (SenInnSport) berichtet, in diesem Jahr seien zwei Veranstaltungen geplant: eine mit allen ostdeutschen Verfassungsschutzbehörden unter dem Arbeitstitel „Hass als politisches Programm“. Die zweite Ende 2014 widme sich dem Linksextremismus, nachdem die Veranstaltung zum Rechtsextremismus 2013 gut besucht gewesen sei. Für die erste Veranstaltung fielen anteilig ca. 500 Euro Kosten an, für die zweite ca. 5 000 Euro wie für die Veranstaltung im Vorjahr.

Der Verfassungsschutzbericht 2013 werde voraussichtlich Mai/Juni vorgelegt. Geplant seien weiter zwei Broschüren der Reihe „Im Fokus“ – vor der Sommerpause zum Thema rechte Gewalt, danach eine zum Thema linke Gewalt – und zwei der Reihe „Info“ zu den Themen Linksextremismus im Sommer und zu Islamismus im Herbst 2014. Die Publikationen kosteten 57 000 bis 58 000 Euro.

Stephan Lenz (CDU) zeigt sich zufrieden, dass der Berliner Verfassungsschutz nach den diversen Problemen der Verfassungsschutzbehörden in Deutschland 2013 auch seine erfolgreiche Arbeit öffentlich darstelle. Öffentlichkeitsarbeit sei ein wichtiger Bestandteil der Arbeit des Verfassungsschutzes.

Clara Herrmann (GRÜNE) erkundigt nach der „Lupe“-Broschüre, von der in den Haushaltsberatungen die Rede gewesen sei. – Würden die Abgeordneten bei den Veranstaltungen eingeladen, wenn ja, auch jener der Opposition? – Offensichtlich bilde das Thema „Linksextremismus“ im Jahr 2014 einen Schwerpunkt. Gelte dies auch für die operationelle Arbeit des Verfassungsschutzes?

Hakan Taş (LINKE) stellt Konsens darin fest, dass der Verfassungsschutz nach § 5 VSG Bln Politik und Öffentlichkeit „über Gefahren für die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand und die Sicherheit des Bundes und der Länder zu unterrichten“ habe. Wie der Informationsauftrag ausgelegt werden könne, sei jedoch strittig z. B. mit Veranstaltungen, auch in Schulen, wie in der Kleinen Anfrage seiner Fraktion Drucksache 17/11 225 dargestellt. Der Verfassungsschutz gehe sogar auf die Schulen zu, wobei die Schulen nicht die Möglichkeit hätten, ein solches Angebot abzulehnen. Nach Auffassung seiner Fraktion habe der Verfassungsschutz in Schulen nicht zu suchen, weil er kein Bildungsträger sei und dazu keinen Auftrag habe. Wie wenig die Verfassungsschutzorgane dazu fähig seien, die Verfassung, die Demokratie und die Menschen zu schützen, habe die NSU-Mordserie gezeigt. Es sei eher zu bezweifeln, ob der Geheimdienst parteipolitisch unabhängig sei, ob seine Informationen objektiv seien. Fraglich sei, ob der Verfassungsschutz auch pädagogisch geeignete Referenten habe, um über Themenkomplexe Demokratie, Extremismus und Islam in den Schulen zu informieren. Die Standards für die politische Bildung in Deutschland seien 1976 im "Beutelsbacher Konsens" festgelegt worden. Danach dürfe politische Bildung Lernende nicht indoktrinieren, solle Inhalte in pluralistischer Perspektive und existierende Kontroversen darstellen und den Schülern die Möglichkeit geben, sich eine eigene Meinung über das Thema zu bilden. Der Verfassungsschutz könne diesen Ansprüchen nicht genügen. Die Veranstaltungen in den Schulen sollten schnellstmöglich eingestellt werden.

Tom Schreiber (SPD) dankt Bürgermeister Henkel für die Darstellung. Eine einseitige Vermittlung von Inhalten könne er nicht feststellen. Es sei positiv, dass alle im Verfassungsschutzbericht auftauchenden Themen in Veranstaltungen und Publikationen behandelt würden. Sinnvoll wäre es, nach den Veranstaltungen und Studien, Broschüren über deren Ergebnisse und Erfolge zu diskutieren.

Eine unvoreingenommene Betrachtung dessen, was der Verfassungsschutz plane, scheine ihm angemessen. Die Linke möge ins Nachbarland Brandenburg blicken, wo Rot-Rot das Handlungskonzept „tolerantes Brandenburg“ in enger Kooperation mit Polizei und Verfassungsschutz, auch an Schulen, umsetze. Der Brandenburger Verfassungsschutz fahre sogar mit einem Infomobil über Land. Auch im Berliner Landesprogramm gegen Rechtsextremismus seien Polizei und Verfassungsschutz bei Prävention und Repression einbezogen. Dass sich die Schulen öffneten und die Kompetenzen der Verwaltung nutzten, sei gewollt. Die Linke sei inkonsequent.

Stephan Lenz (CDU) widerspricht der Darstellung des Abgeordneten Hakan Taş (LINKE). Einerseits werfe er dem Verfassungsschutz vor, im Verborgenen zu arbeiten, andererseits kri-

tisiere er öffentliche Information. Wer sonst solle über das Problem des Extremismus informieren? Der Verfassungsschutz sei dazu legitimiert und beauftragt, werde kontrolliert, könne auch im Einzelnen in der Vermittlungsart kritisiert werden, nicht aber im Auftrag. Es sei erfreulich, wenn Verfassungsschutz und Polizei Öffentlichkeitsarbeit in den Schulen machten. So könnten die Schüler ein positives Verhältnis zu den Sicherheitsbehörden entwickeln.

Pavel Mayer (PIRATEN) schlägt vor, die Grundsatzdebatte über den Verfassungsschutz und die freiheitlich demokratische Grundordnung einmal auf die Tagesordnung zu setzen und offen darüber zu diskutieren. Aufgabe des Verfassungsschutzes sei neben der Prävention die Unterdrückung extremistischer politischer Bestrebungen, wobei die ihm zur Verfügung stehenden Instrumente weniger Macht hätten als die anderer Sicherheitsorgane. Grundsätzlich begrüße er es, dass die Öffentlichkeit über die Tätigkeit des Verfassungsschutzes informiert werde, auch wenn er die Kritik des Abgeordneten Hakan Taş (LINKE) an der Art und Weise, wie der Verfassungsschutz in Schulen wirke, teilweise unterstütze.

Wann und wo fänden die beiden Veranstaltungen statt? Handele es sich bei der gemeinsamen Veranstaltung der ostdeutschen Verfassungsschutzbehörden um eine Reihe mit wechselndem Veranstaltungsort? Um beurteilen zu können, ob Links- und Rechtsextremismus ausgewogen behandelt würden, müsste auch der Umfang der Publikationen und Veranstaltungen verglichen werden. Er könne dem Bericht von Bürgermeister Henkel nicht entnehmen, dass es hier eine Schieflage gebe.

Clara Herrmann (GRÜNE) wendet ein, wenn die Hälfte der Publikationen und Veranstaltungen den Linksextremismus zum Thema habe und andere Themen weniger auftauchten, sei dies eine Schwerpunktsetzung.

Auch zwei SPD-Abgeordnete hätten die Aktivitäten des Verfassungsschutzes an Berliner Schulen kritisch in einer Kleinen Anfrage – Drucksache 17/12 714 – hinterfragt. Dass der Verfassungsschutz einen Bildungsauftrag habe, stehe nicht im Verfassungsschutzgesetz. Dafür sei die Landeszentrale für politische Bildung vorgesehen, die den Bildungsauftrag habe und über Mitarbeiter mit pädagogische Ausbildung verfüge. Der Verfassungsschutz habe an Schulen nichts zu suchen. Seien Veranstaltungen des Verfassungsschutzes in Schulen im Jahr 2014 geplant, wenn ja, wie viele?

Hakan Taş (LINKE) wendet ein, auch die Brandenburger Linke sei dem Verfassungsschutz gegenüber skeptisch, müsse aber in einer Koalition Kompromisse machen. Zudem gehöre der Innenminister in Brandenburg der SPD an. Auch in Berlin gebe es Kritik aus der SPD an manchen Aktivitäten des Verfassungsschutzes. Durch Veranstaltungen in den Schulen werde der Verfassungsschutz nicht transparenter, sondern arbeite weiterhin unüberprüfbar mit Spionagemethoden. Geheimdienste seien keine politischen Bildungsträger oder unabhängige Experten. Pädagogische Vermittlung von Demokratieinhalten obliege der Landeszentrale für politische Bildung oder freien Trägern.

Stephan Lenz (CDU) erklärt, Schwerpunkte in der Arbeit zu setzen, sei legitim. 2013 sei es aus gegebenem Anlass der Schwerpunkt Rechtsextremismus gewesen, in diesem Jahr sei es das Thema Linksextremismus, auch im Hinblick auf aktuelle Ereignisse z. B. in Hamburg. Die Abteilung Verfassungsschutz sei selbstverständlich dafür qualifiziert, in Schulen über ihre Arbeit zu berichten; und dies weit mehr als Pädagogen, die hier keine Kernqualifikation

nen hätten. Die berichtenden Mitarbeiter müssten selbstverständlich über pädagogische Fertigkeiten verfügen. Das habe nichts damit zu tun, dass man staatliches Handeln teilweise z. B. bei der Datenerhebung kritisch beleuchten müsse.

Tom Schreiber (SPD) bemerkt, die Haltung der Abgeordneten Herrmann (GRÜNE) und Taş (LINKE) gegenüber den Sicherheitsbehörden sei von Vorurteilen geprägt. Er empfehle die Lektüre des Konzepts „Tolerantes Brandenburg“. Dort sei man mit in der Zusammenarbeit mit Sicherheitsbehörden weiter, die Akzeptanz sei größer, was aber Jahre gedauert habe. Die Opposition möge, statt zu kritisieren, mitzuhelfen, Vorurteile abzubauen, ob in den Fraktionen oder in den Schulen. Dass es zu viele Schulbesuche von Verfassungsschutzmitarbeitern gebe, müsse allein wegen Personalmangels nicht befürchtet werden. Die Kritik sei überzogen. Produktiver wäre es, sich für einen moderneren Verfassungsschutz einzusetzen.

Pavel Mayer (PIRATEN) stellt klar, dass nach der freiheitlich demokratischen Grundordnung radikale politische Bestrebungen notwendigerweise unterdrückt werden müssten. Wo zögen Linke und Grüne die Grenze? Vorurteile seien in der Debatte nicht hilfreich.

Bürgermeister Frank Henkel (SenInnSport) antwortet, die Publikation „Lupe“ sei im Doppelhaushalt für das Jahr 2015 vorgesehen. – 2012 sei der Schwerpunkt Islamismus gewesen, 2013 Rechtsextremismus und 2014 Linksextremismus. Viele Broschüren seien Neuauflagen und Aktualisierungen. Die Veranstaltung „Hass als politisches Programm“ im Mai sei auch nicht auf die Gegenüberstellung links-rechts zu reduzieren. Federführung der Veranstaltung habe Berlin, deshalb sei die erste Veranstaltung hier, weitere folgten in den neuen Bundesländern. – Er könne den Seitenumfang der einzelnen Publikationen nicht nennen. Infobroschüren seien weniger umfangreich und weniger einlässlich als Fokus-Veröffentlichungen.

Die fundamentale Ablehnung des Verfassungsschutzes der Linken teile er nicht. Dass das Weltbild der Partei nicht konsequent sei, zeige sich in Brandenburg. Inkonsequenterweise habe die Fraktion aber noch nie einen Antrag über die Abschaffung des Verfassungsschutzes gestellt.

Nicht der Verfassungsschutz gehe auf Schulen zu, sondern umgekehrt fragten die Schulen beim Verfassungsschutz an. Deshalb könne auch nicht geplant werden, wie viele Anfragen es 2014 geben werde. Auch könne nicht jeder Anfrage entsprochen werden.

Die Kleine Anfrage der SPD-Abgeordneten Becker und Dr. West (SPD) Drucksache 17/12 714 habe SenInnSport die Möglichkeit gegeben, auf die entscheidenden Fragen Antworten zu geben. Der Verfassungsschutz sei das Frühwarnsystem, mit dem Gefährdungen der Demokratie rechtzeitig erkannt werden könnten, und verantwortlich für den Schutz der freiheitlich demokratischen Grundordnung. Der Verfassungsschutz in der Abt. II sei die – auch von den Parlamentariern – bestkontrollierte Behörde des Landes. Er informiere neben den staatlichen Institutionen auch die Öffentlichkeit über Gefahren, wie es im Verfassungsschutzgesetz vorgesehen sei. Vor extremistische Bestrebungen zu warnen und zu informieren, wie junge Menschen von extremistischen Gruppierungen geworben würden, sei eine wichtige Aufgabe der Prävention. Als moderne Einrichtung biete der Verfassungsschutz allen Interessierten auf seiner Internetseite Vortragsveranstaltungen zu bestimmten Themenfeldern an. Die Informationsveranstaltungen würden weiter auf der Kommunikationsplattform SchulePLUS angeboten. Man richte sich nach den Themenwünschen der anfragenden Lehrerinnen und

Lehrer und mache keine PR-Kampagne. Die pädagogische Einbindung der Veranstaltung obliege den Lehrkräften.

Clara Herrmann (GRÜNE) erinnert an die Frage, ob Parlamentarier – und auch Vertreter der Opposition – zu den Veranstaltungen des Verfassungsschutzes eingeladen würden.

Bürgermeister Frank Henkel (SenInnSport) weist darauf hin, dass auch bei den letztjährigen Veranstaltungen die Abgeordneten eingeladen worden seien, wenngleich nicht zur Diskussion als Podiumsteilnehmer. Das Konzept für die Veranstaltung im Herbst werde nach Auswertung der Veranstaltung von 2013 noch erarbeitet.

Hakan Taş (LINKE) entgegnet, dass es fraglich sei, ob der Verfassungsschutz ein Frühwarnsystem sei, nachdem es bei den NSU-Morden offensichtlich nicht funktioniert habe. Für pädagogische Aufgaben sei nicht der Verfassungsschutz Ansprechpartner, sondern die Landeszentrale für politische Bildung, die ebenso staatlich finanziert werde. In der Antwort auf seine Kleine Anfrage Drucksache 17/11 22 verneine der Senat die Frage, ob sich der Verfassungsschutz als Bildungsträger verstehe und ob er mit anderen Bildungsträgern zusammenarbeite. Damit sei er an den Berliner Schulen fehl am Platz.

Vorsitzender Benedikt Lux erklärt die Besprechung für abgeschlossen.

Punkt 2 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Rechte Stimmungsmache gegen Flüchtlinge –
Gefährdungslage im Zusammenhang mit
bestehenden und geplanten Unterkünften**
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

[0051](#)
VerfSch

Clara Herrmann (GRÜNE) bemerkt, auch wenn die Besprechung bereits im November 2013 angemeldet worden sei, habe das Thema nicht an Brisanz verloren. Immer wieder würden bestehende oder neue Flüchtlingseinrichtungen angegriffen und werde Stimmung gegen sie gemacht. In Pankow seien mit Comic-Sprechblasen rechteextremistische Parolen verbreitet worden. Auf ihrer Facebookseite hätten sich die Jungen Nationaldemokraten – JN – mit dieser Aktion gebrüstet. In Marzahn-Hellersdorf habe es 2013 viele von Rechtsextremen zu verantwortenden Zwischenfälle gegeben. Dies setze sich fort mit Aktionen an Silvester und der fremdenfeindlichen Beleidigung eines Mitarbeiters des Flüchtlingsheims Marzahn-Hellersdorf. Auch in Brandenburg nehme die Gefährdungslage zu. Nach im Bundestags erwähnten Statistiken hätten sich die Angriffe auf Flüchtlingsheime in Deutschland nahezu verdoppelt. Wie schätze SenInnSport die Gefährdungslage für bestehende und geplante Flüchtlingsunterkünfte ein? Was sei über geplante fremdenfeindliche Aktionen bekannt? Ihre Fraktion lehne jede Form von Anschlägen ab, auch den auf das Büro von Senator Czaja.

Bürgermeister Frank Henkel (SenInnSport) weist darauf hin, dass das Phänomen deutschlandweit auftrete, nicht nur in Berlin oder Brandenburg. Auskünfte könne er jetzt nur teilweise öffentlich geben, teilweise nichtöffentlich. Schon vor dem Bezug der Asylunterkunft Marzahn-Hellersdorf habe sich die Bürgerinitiative Marzahn-Hellersdorf als verantwortlich im

Sinne des Pressegesetzes für ein auf der Facebookseite der JN Berlin am 1. Juli 2013 geposteten fremdenfeindliches und Asylbewerber diffamierendes Flugblatt erwähnt. Als verantwortliche Person sei ein ehemaliger BVV-Kandidat der NPD für die Wahl zum Abgeordnetenhaus genannt worden. Über die Facebookseite sei die sogenannte Bürgerinitiative bekannter geworden; 3 000 Personen hätten sie mit „gefällt mir“ bewertet. Vor dem Einzug der Flüchtlinge hätten 74 Personen am 9. August 2013 gegen das Heim demonstriert. Dort seien Parolen zum Niederbrennen des Heims gerufen worden. An der von der Bürgerinitiative veranstalteten Demonstration hätten mehrere NPD-Funktionäre teilgenommen. Die Bürgerinitiative habe die Situation vor Ort verschärft. Die NPD habe das Thema im Bundestagswahlkampf benutzt. Gegipfelt habe die Kampagne in dem Aufruf des NPD-Landesvorsitzenden am 4. September 2013, in Hellersdorf Bürgerwehren zu gründen. SenInnSport habe reagiert. Der Aufruf sei wegen der Androhung eines Ordnungsgeldes wieder entfernt worden.

Mit einer Kundgebung habe die Bürgerinitiative am 26. Oktober 2013 mit einem selbst ausgerufenen „Tag der Meinungsfreiheit“ gegen die Asylunterkunft und die vermeintliche Stigmatisierung des Protests als rechtsextremistisch demonstriert. Von den 140 Teilnehmern habe die Polizei 85 zum rechtsextremistischen Spektrum – überwiegend der NPD und des Netzwerks „Freie Kräfte“ – gezählt. Auch der NPD-Landesvorsitzende Schmidtke habe teilgenommen.

Am 12. November 2013 seien von unbekannten Tätern an einem geplanten Asylbewerberheim in der Mühlenstraße in Pankow Aufkleber rechtsextremistischen Inhalts in Form von Sprechblasen angebracht worden. Am selben Tag habe die JN Berlin auf ihrer Facebookseite mehrere Fotos der Sprechblasen veröffentlicht. Da diese erst eine halbe Stunde zuvor erst von dem Heimbetreiber entdeckt worden seien, sei zu vermuten, dass die Betreiber des Facebook-Accounts an der Aktion beteiligt gewesen seien oder davon Kenntnis gehabt hätten. Positiv bewertet hätten die Seite Aktivisten der NPD oder des Netzwerks „Freie Kräfte“.

Insgesamt hätten die Postings auf dem Profil der Bürgerinitiative zunehmend deutlicher die Nähe zu Rechtsextremisten erkennen lassen. Am 6. November 2013 sei mit einem Gedicht zur Gründung einer Bürgerwehr aufgerufen worden, was nicht umgesetzt worden sei. Mit Beschreibungen oder Bildern vermeintlich krimineller Ausländer prangere die Bürgerinitiative im Netz Menschen an.

Nach der Schließung des Profils der Bürgerinitiative Marzahn-Hellersdorf – BMH – Ende November 2013 durch Facebook habe die Bürgerbewegung Hellersdorf – BBH – einen neuen Facebook-Account, der in Art und Weise dem der BMH ähnele. Aktuell verzeichne die Seite über 1 200 „Likes“. Sie greife Debatten um die Folgen der Freizügigkeit in Europa auf und polemisiere gegen Migranten und Asylbewerber und weiterhin gegen das Heim.

Bei Facebook und Twitter fänden sich seit Dezember 2013 Seiten zur Aktion „Nein zum Camp am Oranienplatz“. Die Betreiber forderten die Räumung des von Flüchtlingen besetzten Platzes. In den Kommentarseiten dazu würden polemische und ausländerfeindliche Kommentar zugelassen.

In den Medien sei 2014 die Berichterstattung über die Aktivitäten um die ehemalige Bürgerinitiative zurückgegangen. Bezüglich des Aktivitätsniveaus auf den Profilen könne für die Themen Flüchtlingsheime und Migration weiterhin von einer großen Mobilisierungsfähigkeit für die Bevölkerung in der Nähe des Heims und Rechtsextreme ausgegangen werden. In der

rechtsextremistischen Szene Berlins würden die virtuellen Aktivitäten der neuen BBH nicht thematisiert. Die NPD habe am 15. Januar 2014 versucht, mit einer auf der NPD-Seite abrufbaren Petition die Schließung des Asylbewerberheims zu besetzen. Weitere Aktivitäten der NPD dazu seien nicht bekannt.

Auch die islamfeindliche Partei „Pro Deutschland“ habe gegen die Asylunterkunft und Asylbewerber mobilisiert. Am 20. August hätten sie direkt beim Heim demonstriert, am 16. Dezember vor dem Amtssitz der Bezirksbürgermeisterin von Friedrichshain-Kreuzberg, ohne allerdings große Aufmerksamkeit zu erreichen.

In der Nähe anderer bestehender oder geplanter Flüchtlingsheime sei es zu Aktionen wie Farb- und Hakenkreuzschmierereien und der Anbringung von Transparenten gekommen. So sei auch am Bürgerbüro des Senators Czaja in Mahlsdorf ein Transparent gegen das Heim angebracht worden sei.

Vereinzelte seien Gegner der Heime in die Unterkünfte gelangt. Schwerpunkt bildeten die Aktionen im Heim Salvador-Allende-Straße in Köpenick. Meist seien die Störer nicht als rechtsextremistisch bekannt, in Einzelfällen hätten sie dem Netzwerk „Freie Kräfte“ angehört.

Zur Gefährdungsbewertung: Im Sommer 2013 habe die Gefahr bestanden, dass das Gebäude des geplanten Heims in Marzahn-Hellersdorf beschädigt würde. Erkenntnisse über eine konkrete Gefährdung der Asylsuchenden habe es zu keiner Zeit gegeben. Die Strategie der Rechtsextremisten, als vordergründig unpolitische Bürgerinitiative aufzutreten, und nicht extremistische Anwohner für ihren Protest zu instrumentalisieren, sei in Hellersdorf zunächst aufgegangen. Deshalb sei damit zu rechnen, dass sie auch in anderen Orten angewandt werde. Der aufgeheizte Protest stelle wegen seines radikalen und volksverhetzenden Charakters eine diffuse Bedrohung für die Betroffenen dar. Die NPD habe es jedoch nicht erreichen können, dass aufgebrachte Bürger gegen die Unterbringung protestiert hätten. Dies liege auch daran, dass die rechtsextremistischen Anstifter der Bürgerinitiative frühzeitig durch den Verfassungsschutz als solche benannt worden seien und nicht mehr verdeckt hätten operieren können. Die Abschaltung des Facebook-Accounts habe die virtuellen Aktivitäten der Bürgerinitiative gestoppt. Alternativprofile seien gelöscht worden. Ob Rechtsextreme unter den Betreibern der neuen BBH-Seite seien, werde vom Verfassungsschutz geprüft.

Tom Schreiber (SPD) dankt den Sicherheitsbehörden und auch den Sicherheitsunternehmen, die vor Ort und für die Heimbewohner Ansprechpartner seien, jeden Vorfall aktenkundig machten und anzeigten. Es sei wichtig, dass alle Seiten sensibilisiert seien, damit mögliche Übergriffe verhindert werden könnten.

Die Kampagne gegen Asylsuchende und Flüchtlingsheime sei nicht neu, sondern greife Tendenzen der Neunziger und der Jahre um 2000 auf. Den Abwärtstrend der NPD und rechtsextremistischen Potenzials in Berlin versuche man wohl, mit alten Kampagnen in Zusammenarbeit rechter Kräfte länderübergreifend aufzuhalten. Altes sei also nur neu verpackt, doch politische Mandate seien damit nicht zu gewinnen.

Müssten Aktionen auf Flüchtlingsheime in einem Zusammenhang gesehen werden mit Anschlägen auf Parteizentralen, Wahlkreisbüros? Spielten bei Berliner Aktionen die Kameradschaften aus Brandenburg eine Rolle?

Clara Herrmann (GRÜNE) bemerkt, alle stünden in der Verantwortung aus den schrecklichen Anschlägen auf Flüchtlingsheime in den Neunzigerjahren gelernt zu haben. In Berlin müsse man zeigen, dass rechtsextremistische, ausländerfeindliche Parolen keinen Platz in einer demokratischen Gesellschaft hätten. Politik und Gesellschaft trügen Verantwortung für Flüchtlinge.

Sie danke dem Senator für die ausführliche Darstellung der Vorfälle der letzten Monate. Die Strategie der Rechtsextremen in Marzahn-Hellersdorf habe nur anfänglich Erfolg gezeigt, der dann nachgelassen habe. Gehe SenInnSport davon aus, dass diese Strategie dort und an anderen Orten mit Flüchtlingsunterkünften weitergeführt werde? Seien Angriffe auch in Zukunft zu erwarten? Oder lasse man diese wegen des geringeren Erfolgs? Sei zu erwarten, dass rechtsextreme Gruppierungen, auch die autonome Szene, die Hetze gegen Flüchtlinge wieder offensiver zum Schwerpunkt – auch mit Kundgebungen – machen werde?

Hakan Taş (LINKE) zieht den Schluss, dass der Kern der selbsternannten Hellersdorfer Bürgerinitiative nach wie vor aktiv und für die Menschen in der Flüchtlingsunterkunft weiterhin gefährlich sei. Warum der Senat und die Polizei nicht in der Lage seien, das Heim in Hellersdorf ausreichend zu schützen, werde im Innenausschuss angesprochen. Die Vorfälle zeigten dies: der Sprengsatz an Silvester an der Tür der Notunterkunft, der Angriff am 16. Januar auf das Büro der CDU in Hellersdorf und am 18. Januar die Beleidigung einer Sicherheitskraft von einer Gruppe Rechtsradikalen und das zeitweilige Blockieren der Eingangstür. Hier habe die Polizei nur eine Anzeige aufgenommen und einige Platzverweise erteilt. Auch darüber müsse im Innenausschuss gesprochen werden. Könne der Senator Auskunft über die bisher gefassten Täter geben? Welche Rolle spielten sie in der rechten Szene? Welche Rolle spiele die NPD bei den Anschlägen? Welche sonstigen Verbindungen existierten zwischen Heimgegnern und der Berliner NPD? Gebe es Vernetzungen zw. den rechtsextremen Heimgegnern in Hellersdorf, Pankow und Neukölln? Wie schätze der Senat dort die Lage ein? Seien auch am Oranienplatz Flugblätter verteilt worden?

Pavel Mayer (PIRATEN) erkundigt sich, ob der Senat von den Videoaufnahmen des Rappers Villain051 am 19. Januar vor der Flüchtlingsunterkunft in Hellersdorf wisse, bei der Deutschlandfahnen vor dem Eingang des Heims geschwenkt worden seien. Erst am heutigen Tag seien auf der Webseite der Bürgerbewegung Hellersdorf wieder Fotos von Stickern mit fremdenfeindlichem Inhalt an einem Heim zu finden. Die Facebookseiten gegen das Camp am Oranienplatz, gegen das Heim in Hellersdorf und in Oranienburg seien am Wochenende zusammen mit der Seite von JN Berlin für 24 Stunden abgeschaltet gewesen. Dies lasse einen Zusammenhang vermuten. Könne der Senat dies bestätigen? Sei die JN Sammelbecken für die Personen von NW-Berlin geworden? Dass mit fremdenfeindlichen Forderungen keine Stimmen zu gewinnen seien, sei nicht sicher. Auch die Republikaner seien in den Neunzigerjahren erstarkt und hätten viele politische Ziele erreicht. Auch schätze es seine Fraktion nicht so ein, dass rechte Aktionen zurückgingen.

Stephan Lenz (CDU) betont, dass die CDU-Fraktion die rechtsextremistischen Aktivitäten aufs Schärfste verurteile. Alle demokratischen Parteien sollten zusammen dagegen angehen. Da dies gelinge, entziehe man den Rechtsextremisten den Resonanzboden. Mit ausländerfeindlichen Thesen könne man in Berlin und Deutschland keine Wahlerfolge erzielen. Darauf könne man sich jedoch nicht ausruhen. Niemand solle während seines Asylbewerberverfahrens

rens Angst um seine Sicherheit haben müssen. Welche Rolle spiele die NPD bei den Vorfällen?

Bürgermeister Frank Henkel (SenInnSport) antwortet, eine strukturelle Vernetzung zw. Berliner und Brandenburger Rechtsextremen sei nicht festzustellen, wenngleich Einzelne im anderen Bundesland aktiv seien z. B. hätten von der „Barnimer Freundschaft“ einzelne an Aktivitäten der Berliner rechten Szene teilgenommen.

Seiner Auffassung nach hätten die Aktivitäten der Rechtsextremen bereits den Zenit überschritten. Nicht vorbei werde diese Art des fremdenfeindlichen Protests sein. Entscheidend sei, mit welcher Durchschlagskraft bundesweit agiert werde. Dass die NPD die Ablehnung des Flüchtlingsheims für ihre Zwecke genutzt habe, zeige ihre Position. Die gleichen Personen beteiligten sich an verschiedenen Aktionen von Bürgerinitiativen, Plattformen usw. Die Verbindung von NPD und dem Netzwerk Freie Kräfte zeige sich bei allen Aktivitäten, einmal mehr, einmal weniger.

Ihm sei bekannt, dass der Abgeordnete Wansner am Oranienplatz Flugblätter verteilt habe. – Wegen der Videoaufnahmen vor dem Flüchtlingsheim in Hellersdorf sei der Rapper festgenommen worden. Er habe behauptet, ein Video drehen zu wollen, obwohl die Geräte dazu gefehlt hätten. Die Polizei ermittle. Den Vorfall vom heutigen Tag könne er bestätigen.

Die NPD und die Freien Kräfte arbeiteten zusammen. Noch enger verknüpft sei die JN. Er könne nicht bestätigen, dass die JN das Sammelbecken für die NW-Berlin sei.

Stellv. Vorsitzende Burgunde Grosse erklärt die Besprechung für abgeschlossen. Der Tagesordnungspunkt werde in nichtöffentlicher Sitzung fortgeführt.

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
PRISM und TEMPORA – amerikanische und britische Spionageaktivitäten auf Berliner Boden
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

[0052](#)
VerfSch

Vertagt.

Punkt 4 der Tagesordnung (neu)

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Welche Erkenntnisse hat der Berliner Verfassungsschutz zur Lage des Linksextremismus in Berlin aufgrund der aktuellen Ereignisse (Oranienplatz, Rote Flora in Hamburg)?
(auf Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU)

[0053](#)
VerfSch

Vertagt.

Punkt 5 der Tagesordnung (neu)

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Welche Erkenntnisse hat der Berliner
Verfassungsschutz zu dem Anschlag auf das
Wahlkreisbüro von Senator Czaja in der letzten
Woche in Marzahn-Hellersdorf?**
(auf Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der
CDU)

[0054](#)
VerfSch

Vertagt.

Punkt 6 der Tagesordnung (alt 4)

Besondere Vorkommnisse

Clara Herrmann (GRÜNE) erkundigt sich, ob sich Berlinerinnen und Berliner an der Demonstration in Magdeburg vom 18. Januar beteiligt hätten.

Bernd Palenda (SenInnSport) berichtet, Berlinerinnen und Berliner hätten sich sowohl bei den linken als bei den rechten Demonstrationen beteiligt. Konkrete Auswertungen über den Ablauf und die Beteiligung von Rechtsextremisten aus Berlin seien noch nicht abgeschlossen.

Stellv. Vorsitzende Burgunde Grosse kündigt an, dass der Tagesordnungspunkt nichtöffentlich fortgesetzt werde.

Punkt 7 der Tagesordnung (alt 5)

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.

* * * * *